



Marcel Fratzscher, Ph.D., ist Präsident des DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Es gibt keine Euro-Krise

Hauseigentümer deponieren den Schlüssel nicht selten unter der Türmatte, um Freunden in ihrer Abwesenheit Zugang zu gewähren. Wenn ein Freund dies missbraucht und die Speisekammer leer isst, mag der Eigentümer fahrlässig gewesen sein, die Verantwortung für das Fehlverhalten liegt jedoch beim Besucher. Diese Analogie beschreibt die gegenwärtige europäische Krise recht treffend. Alle Mitglieder der Eurozone haben mit dem Euro einen Schlüssel zum europäischen Haus erhalten, sind ihrer damit verbundenen Verantwortung jedoch nicht gerecht geworden. Medien und Politik reden immer häufiger von einer „Euro-Krise“, und versuchen im Euro die Ursache der Krise zu finden. Dieses Argument ist jedoch grundfalsch und stellt die Fakten auf den Kopf.

Die Krise Europas hat vier Facetten: eine Schuldenkrise des Staates, eine Bankenkrise, eine Krise der Wettbewerbsfähigkeit und eine institutionelle Krise. Einige Mitglieder haben sich durch günstige Finanzierungsbedingungen dazu verleiten lassen, ihre private und öffentliche Verschuldung auszuweiten und dadurch ihre Volkswirtschaften in eine Schieflage gebracht. Wieso soll der Euro für dieses Verhalten verantwortlich gewesen sein? Er hat ein Fehlverhalten sicherlich erleichtert. Aber die Verantwortung liegt auf der politischen Seite. Die Krise in Europa weist auch keines der typischen Kennzeichen einer Währungskrise auf, ganz im Gegenteil: Der Euro war vor der Krise nicht überbewertet und bleibt in der Krise äußerst stabil und im internationalen Vergleich fair bewertet. Deshalb hat der Euro bisher sogar eine noch tiefere Krise verhindert. Investoren haben netto kein Kapital aus der Eurozone abgezogen, und damit hat die globale Rolle des Euro einen Anstieg der Zinsen für die öffentlichen und privaten Haushalte und Firmen, und dadurch deren Zusammenbruch, verhindert.

Als weiteres Argument gegen den Euro wird häufig ins Feld geführt, die Länder der Währungsunion seien zu unterschiedlich für eine gemeinsame Währungs- und Geldpolitik. Dies ist das dritte falsche Argument, das auf einem naiven Lehrbuch-Modell eines optimalen Währungsraums beruht. Der Punkt ist, dass kein Währungsraum jemals ein „optima-

ler“ Währungsraum ist. Dies gilt für die Eurozone wie auch für die USA. Und selbst die Bundesrepublik Deutschland war und wird von der Wirtschaftsstruktur her nie ein optimaler Währungsraum sein.

Deutschland hat in den letzten 25 Jahren zwei Währungsunionen durchlebt. Die deutsche Währungsunion 1990 hat zwei Volkswirtschaften zusammen gebracht, die sehr viel unterschiedlicher waren als jene Staaten, die sich 1999 zu einer europäischen Währungsunion zusammengeschlossen haben. Trotzdem hat man die deutsche Währungsunion umgesetzt – die mit einer massiven Aufwertung im Osten einherging und zudem zu einem zu hohen Umrechnungskurs stattfand. Im Vordergrund stand der Gedanke, dass eine Integration durch eine gemeinsame, stabile und glaubwürdige Währung sehr viel schneller und leichter vollbracht werden kann. Die wirtschaftliche Anpassung in Ostdeutschland war für viele Menschen sehr hart. Aber sie war die ungleich bessere Option als zwei Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Währungen, auch weil sie mit politischer Union, Finanzmarktunion und Fiskalunion einherging. Dieser innerdeutsche Prozess der Integration und Konvergenz dauert noch an, und in der Tat mag es nie eine volle Konvergenz zwischen Bundesländern und Regionen geben. Aber stellen wir deshalb die deutsche Währungsunion in Frage? Wieso hinterfragen wir dann heute den Euro und die europäische Währungsunion? Die Erfahrung der deutschen Währungsunion zeigt, dass ausschließlich der politische Wille entscheidend dafür ist, ob die europäische Währungsunion ein nachhaltiger Erfolg wird. Dies erfordert mehr Koordinierung von wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene, vor allem in den Bereichen von Finanzmärkten, Banken und Fiskalpolitik, selbst wenn eine volle politische Union nicht möglich und auch nicht notwendig ist.

Es gibt keine Euro-Krise. Der Euro ist nicht Ursache, sondern Opfer der Krise und wird als Sündenbock nun für die Verfehlungen der Politik verantwortlich gemacht. Er ist der Schlüssel für den erfolgreichen Bau des europäischen Hauses, den wir besser sichern und auf Dauer wahren sollten.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.